

Chinesische Behörden zerstören tibetische Ziegeleien in Kyegudo

Die Behörden in einem Bezirk der Provinz Qinghai ließen mehrere von Tibetern betriebene Ziegelwerke auf Drängen von konkurrierenden chinesischen Unternehmen, denen die wachsende Konkurrenz ein Dorn im Auge war, niederreißen.



Die wiederaufgebaute Stadt Kyegudo

Die chinesischen Firmen hatten die Behörden bestochen, die tibetischen Fabriken im Bezirk Kyegudo (chin. Yushu) in der TAP Yulshul (chin. Yushu) letzte Woche niederwalzen zu lassen, wie Quellen versicherten.

„Man nimmt an, daß die Behörden in Yushu von den chinesischen Besitzern von Brennöfen mit 50.000 Yuan (US \$ 8.000) geschmiert worden waren, um den Wettbewerb seitens der tibetischen Brennöfen auszuschalten“, teilte der aus Kyegudo gebürtige Exiltibeter Nima RFA mit.

„Die von Tibetern in Kyegudo betriebenen Ziegelöfen wurden zerstört, während diejenigen im Besitz von chinesischen Zuwanderern unangetastet blieben“, sagte Nima unter

Berufung auf Kontakte vor Ort.

Bei diesem Vorfall vom 20. April „setzten die Behörden nicht nur Bulldozer ein, um die tibetischen Ziegeleien niederzureißen, sondern sie verbrannten auch ihre Zelte, nahmen ihnen die Mobiltelefone weg und hauten auf diejenigen ein, die sich zu widersetzen versuchten“, fuhr Nima fort.

Es war nicht sofort klar, wie viele Ziegeleien zerstört wurden und wie viele der Besitzer durch die Schläge Verletzungen davontrugen. Von den dortigen Behörden war nichts in Erfahrung zu bringen.

Am 14. April 2010 wurde Kyegudo von einem verheerenden Erdbeben heimgesucht, das die Stadt weitgehend zerstörte und offiziellen Zählungen zufolge fast 3.000 Bewohner das Leben kostete.

Viele der Häuser, die später von den Behörden demoliert wurden, hatten die Familien auf ihrem eigenen Grund und Boden und aus ihren eigenen Mitteln wieder aufgebaut. So zerstörten die chinesischen Behörden im März mehrere von Tibetern in einer kleinen Nomadensiedlung namens Karda, unweit der Stadt Kyegudo errichtete „illegale“ Häuser und Läden.

„Die Ortsansässigen hatten kleine Häuser als Teil eines kooperativen Geschäftszentrums gebaut. Sie hatten jedoch keine Erlaubnis von den Behörden eingeholt, welche die Bauten als illegal bezeichneten und eine Abbruchmannschaft schickten, um sie zu zerstören“, fuhr Nima fort. „Als die tibetischen Läden zerstört wurden, lagen die Waren überall verstreut herum“. „Und Tibeter, die versuchten, ihr Hab und Gut zu retten, wurden von der chinesischen Polizei geschlagen und drangsaliert“.

Tibeter in Kyegudo beklagen, daß die chinesischen Behörden ihnen keine Genehmigungen zum Betrieb von Sprachzentren, Läden und Restaurants ausstellen, während die Anträge chinesischer Zuwanderer auf Gründung solcher Geschäfte ohne weiteres genehmigt werden.

„Dies sind explizite Diskriminierungshandlungen der Lokalbehörden, die den han-chinesischen Zuwanderern vor den einheimischen Tibetern den Vorzug geben“, erklärte Nima.

Die Tibeter beschwerten sich über politische, religiöse und wirtschaftliche Diskriminierung, wie auch über Menschenrechtsverletzungen. Insgesamt 131 Tibeter verbrannten sich seit 2009 selbst aus Protest gegen die chinesische Herrschaft. Sie forderten die Rückkehr ihres geistlichen Oberhauptes, des Dalai Lama. Seit die Welle der Demonstrationen 2008 über Tibet hinwegfegte, kam es immer wieder zu sporadischen Protesten gegen die chinesische Regierung.